

LEISTUNGSBESCHREIBUNG

Öffentlicher Dienstleistungsauftrag Nr. GD EAC/59/03, zu vergeben im offenen Verfahren und durch Ausschreibung

TITEL : Studie zur Aufstellung der vorbildlichen Verfahren zur Verknüpfung von Kultur und Bildung in den Mitgliedstaaten, den Kandidatenländern und den EWR-Ländern

EINLEITUNG

Die gemeinsamen Aktionen bieten eine Möglichkeit, zur Förderung von Synergiewirkungen gemeinsame Projekte durchzuführen; diese Möglichkeit wird durch die Beschlüsse eröffnet, die die Programme SOKRATES (allgemeine Bildung), LEONARDO DA VINCI (Berufsbildung) und JUGEND¹ begründen.

Generell müssten die gemeinsamen Aktionen Themen behandeln, die von vornherein nicht auf ein einziges Gebiet beschränkt sind – allgemeine Bildung, Berufsbildung, Jugend und Kultur. Sie erfordern eine verstärkte Zusammenarbeit der Akteure aus verschiedenen Bereichen und Wissensgebieten.

Gemeinsame Aktionen müssen im Vergleich zu Einzelaktionen einen zusätzlichen Nutzen erbringen. Eine gemeinsame Aktion muss per definitionem multidisziplinär ausgerichtet sein, zumindest teilweise, und eine Verbindung zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung sowie Aktivitäten zu Gunsten von Jugendlichen oder der Kultur herstellen. Interessen der betreffenden Gebiete müssen ausgeglichen berücksichtigt werden.

Derartige Aktionen wurden durch Ausschreibung zum ersten Mal im Jahr 2001 eingeleitet und 2002 sowie 2003 weitergeführt.

In das Themenspektrum der beiden ersten Jahre wurde die kulturelle Dimension einbezogen. Im Jahr 2003 musste diese Dimension verstärkt beachtet werden.

In diesem Rahmen wird zum ersten Mal eine spezifische Aktion angeregt, in der eigens die Verknüpfungen und Synergien zwischen der Kultur und der formalen, nicht formalen und informellen Bildung behandelt werden sollen. Es wird deshalb vorgeschlagen, eine **Aufstellung der vorbildlichen Verfahren zur Verknüpfung von Kultur und Bildung in den Mitgliedstaaten, den Kandidatenländern und den EWR-Ländern** auszuarbeiten.

Die Vorinformation zu dieser Studie wurde im S-Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften am 1. August 2003 unter der Nummer 2003/S 146-132297 veröffentlicht.

AUFTRAGSGEGENSTAND

2.1 BESCHREIBUNG

Mit Hilfe der Studie soll eine Übersicht über das gesamte Spektrum der auf nationaler Ebene entwickelten Aktionen gewonnen werden, die Kultur (bildende Künste, Musik, darstellende Künste, Bücher und Lesen, kulturelles Erbe) zum einen und formale, nicht formale und informelle Bildung, Berufsbildung und Jugend zum anderen enger miteinander verknüpfen. Auf der Grundlage dieser Studie will man die Ausrichtungen für die gemeinsamen Aktionen bis

¹ SOKRATES-Programm: Artikel 6 des Beschlusses 253/2000/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 28 vom 3.2.2000); LEONARDO DA VINCI-Programm: Artikel 6 des Beschlusses 99/382/EG des Rates (ABl. L 146 vom 11.6.1999); JUGEND-Programm: Artikel 6 des Beschlusses 1031/2000/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 117 vom 18.5.2000).

2007 festlegen. Im Einzelnen geht es darum, die wichtigsten Akteure und die bestehenden Netze ausfindig zu machen und Beispiele für anerkannte bewährte Verfahren, Initiativen für Exzellenzförderung und innovative Vorgehensweisen in jedem der durch die Studie erfassten Länder zu ermitteln.

Bei dieser Aufstellung werden auch die einschlägigen Aktivitäten im Rahmen der Programme SOKRATES, LEONARDO DA VINCI und JUGEND berücksichtigt. Insbesondere gilt dies für die Konsultation „Fragen - Antworten“, die von der Kommission im Rahmen von Eurydice durchgeführt worden ist. In Betracht gezogen werden auch die Aktivitäten von Cedefop sowie die Datenbank der Ergebnisse der Projekte der Aktion CONNECT (1999-2000, diese Aktion ist in gewisser Weise ein Vorläufer der gemeinsamen Aktionen und hat dazu geführt, dass etwa 100 Projekte im Bereich Bildung und Kultur durchgeführt worden sind).

Im Zuge der Aufstellung kann die Bilanz dieser Unternehmungen in der Form einer zusammenfassenden Studie gezogen werden. Zweck dieser Studie ist die Vorbereitung der zukünftigen gemeinsamen Aktionen bis 2007.

Die Dauer der Studie ist auf etwa 12 Monate angesetzt.

Die **geografische Abdeckung** der Studie umfasst die 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die Unterzeichnerstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums und die 12 folgenden Kandidatenländer: Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Tschechische Republik, Ungarn, Rumänien, Slowenien, die Slowakei, Zypern und Malta.

Der Kommission sind im einzelnen folgende Unterlagen vorzulegen:

1. Eine **beschreibende Erfassung** der vorhandenen auf nationaler Ebene entwickelten **Aktionen/Aktivitäten** (anerkannte bewährte Verfahren, Initiativen für Exzellenzförderung und innovative Vorgehensweisen), die Kultur (bildende Künste, Musik, darstellende Künste, Bücher und Lesen, kulturelles Erbe) zum einen und formale, nicht formale und informelle Bildung, Berufsbildung und Jugend zum anderen enger miteinander verknüpfen. Dabei werden auch die einschlägigen **Aktionen/Aktivitäten** im Rahmen der Programme SOKRATES, LEONARDO DA VINCI und JUGEND berücksichtigt und die Konsultation „Fragen - Antworten“, die von der Kommission im Rahmen von Eurydice durchgeführt worden ist. In Betracht gezogen werden auch die Aktivitäten von Cedefop sowie die Bilanz der Aktion CONNECT, einer Initiative des EP, die von der Kommission 1999-2000 durchgeführt wurde; das Ziel bestand darin, Synergien und Verknüpfungen zwischen den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung und Kultur zu verstärken und dabei Innovation, Forschung und neue Technologien einzubeziehen;
2. eine **Analyse** dieser **Aktionen/Aktivitäten** (Ebenen des Tätigwerdens, Art der Synergiewirkungen zwischen allgemeiner/beruflicher Bildung und Kultur, Themen, Zielgruppen);
3. eine **Erfassung** und Beschreibung der wichtigsten Akteure und der bestehenden Netze (Identität, Art der Netzbildung);
4. eine zusammenfassende **Bilanz** mit dem Zweck der Vorbereitung der zukünftigen gemeinsamen Aktionen bis 2007.

Varianten sind nicht zulässig.

2.2 METHODIK

Die Methodik des Auftragnehmers ist für jeden Teil der vorstehenden Studie im Einzelnen zu beschreiben. Besondere Aufmerksamkeit muss dabei – und zwar für sämtliche abgedeckten Länder – folgenden Punkten gelten: Angabe der Informationsquellen (zu denen auch Interviews mit den Schlüsselakteuren gehören müssen), Sammlung, Verarbeitung, Analyse und Präsentation der Daten und Informationen. Es ist auch ein Arbeitsplan vorzulegen.

Es werden insgesamt etwa 500 bis 600 Arbeitstage für erforderlich gehalten, damit die angebrachte Qualität der verlangten Arbeiten gewährleistet werden kann.

2.3 BESCHREIBUNG DES AUFTRAGSRAHMENS

Der Auftragnehmer muss an folgenden Sitzungen in Brüssel teilnehmen:

- zu Beginn der Studie,
- zur Vorstellung der Berichte.

Abgesehen von den für die Datensammlung und -analyse erforderlichen Dienstreisen sind die Aufgaben am Gesellschaftssitz des Auftragnehmers durchzuführen. Die Studie muss innerhalb von zwölf Monaten fertiggestellt werden. Eine Weitervergabe ist insofern zulässig, als sie in dem vorgelegten Angebot vorgesehen sein muss und der Unterauftragnehmer von der Kommission zugelassen wird.

2.4 LENKUNGSAUSSCHUSS

Die Kommission wird von einem internen Lenkungsausschuss unterstützt, der in Absprache mit den betreffenden Dienststellen überwacht, dass die Studie nach strengen Grundsätzen und unter Beachtung der Qualitätsansprüche durchgeführt wird. Der Ausschuss kann externe Stellen hinzuziehen, insbesondere Fachkräfte mit anerkannter einschlägiger Kompetenz.

EINZUREICHENDE BERICHTE UND SONSTIGE UNTERLAGEN

Der Auftragnehmer erstellt die nachstehenden Berichte über die Ausführung des Auftrags. Sie sind in dreifacher Ausfertigung in englischer oder französischer Sprache bei der Kommission einzureichen.

3.1 Zwischenbericht

Der Zwischenbericht enthält eine Beschreibung aller in den ersten sechs Monaten nach Vertragsunterzeichnung durch beide Parteien durchgeführten Arbeiten und erzielten Ergebnisse. Folgende Punkte sind herauszustellen:

- mögliche Auswirkungen der Ergebnisse auf die gesamten Arbeiten, die Gegenstand des Vertrages sind;
- für die nächste Phase vorgesehenes Arbeitsprogramm.

Der Zwischenbericht ist der Kommission innerhalb von 14 Tagen nach Ablauf der ersten sechs Monate zu übermitteln.

3.2 Abschlussbericht

Der Abschlussbericht muss eine Beschreibung sämtlicher durchgeführten vertraglichen Tätigkeiten und der dabei erzielten Ergebnisse enthalten. Er ist in englischer oder französischer Sprache abzufassen. Der Bericht muss eine Übersicht über Aktionen und bewährte Verfahren (Beschreibung und Analyse) umfassen. Somit muss er für jedes der erwähnten Gebiete die folgenden, jeweils entsprechend aufgebauten Teile enthalten:

1. Eine beschreibende Erfassung der vorhandenen **Aktionen/Aktivitäten** (anerkannte bewährte Verfahren, Initiativen für Exzellenzförderung und innovative Vorgehensweisen);
2. einen analytischen Teil über die vorhandenen **Aktionen/Aktivitäten** (anerkannte bewährte Verfahren, Initiativen für Exzellenzförderung und innovative Vorgehensweisen);
3. einen beschreibenden und analytischen Teil über **Akteure/Netze**;
4. eine **zusammenfassende Bilanz**
5. **Anhänge** (mit Berichten über Interviews mit den Schlüsselakteuren, einer Präsentation sämtlicher gesammelten statistischen Daten und Zahlenangaben, z. B. in Tabellenform usw.);
6. eine **Zusammenfassung** der wichtigsten Ergebnisse. Diese Zusammenfassung von etwa 10 Seiten ist in englischer und französischer Sprache abzufassen.

Der Entwurf des Abschlussberichts ist der Kommission spätestens 10 Monate nach dem Tag der Unterzeichnung des Vertrags durch beide Parteien vorzulegen. Die Kommission genehmigt dann den Bericht oder leitet dem Auftragnehmer ihre Anmerkungen zu.

Innerhalb von zwanzig Tagen nach Eingang der Bemerkungen der Kommission übermittelt der Auftragnehmer der Kommission die endgültige Fassung des Berichts, in der entweder die Bemerkungen der Kommission berücksichtigt oder abweichende Auffassungen mit Begründung dargelegt sind.

Der Abschlußbericht gilt als angenommen, wenn die Kommission innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Berichts in der endgültigen Fassung ihre Einwände nicht dem Auftragnehmer ausdrücklich mitgeteilt hat.

ZAHLUNGSBEDINGUNGEN

Es gelten nachstehende Zahlungsmodalitäten:

- Vorschuss in Höhe von 30 % des Gesamtbetrags innerhalb von 30 Tagen nach Unterzeichnung des Vertrags durch die beiden Parteien;
- Zwischenzahlung in Höhe von 40 % innerhalb von 30 Tagen nach Genehmigung des Zwischenberichts durch die Kommission;
- Restbetrag innerhalb von 30 Tagen nach Genehmigung des Schlussberichts durch die Kommission.

Die Zahlungen erfolgen auf das Konto des Auftragnehmers gegen Vorlage entsprechender Rechnungen.

DAS ANGEBOT IST UNTER BERÜCKSICHTIGUNG DER BESTIMMUNGEN DES MUSTERVERTRAGS IM ANHANG ZU DIESER AUSSCHREIBUNG ZU ERSTELLEN (ANHANG 1).

DAS ANGEBOT MUSS ENTHALTEN:

Sämtliche Informationen und Unterlagen, die der Vergabestelle die Bewertung der Angebote auf der Grundlage der in Ziffer 9 dargelegten Ausschluss- und Auswahlkriterien und der in Ziffer 10 genannten Zuschlagskriterien ermöglichen;

die als Anhang 2 dieser Leistungsbeschreibung beigefügten auszufüllenden Kostenaufstellungen;

die Bankverbindung des Bieters unter Angabe von Kontonummer, Kontoinhaber (Name und Anschrift), Code der Zweigstelle; BIC/SWIFT-Code (der Vordruck „Informationen zum Bieter“ in Anhang 5 zu dieser Leistungsbeschreibung kann dafür verwendet werden);

genaue Angaben zu der Methodik, die der Studie zugrunde liegt – hierzu gehören ein Arbeitsplan und eine Auswahl der Fragen, die voraussichtlich im Fragebogen gestellt werden;

eine Erklärung, aus der hervorgeht, ob der Bieter umsatzsteuerpflichtig ist, und gegebenenfalls die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer bzw. eine Befreiungsbescheinigung;

den Preis gemäß Punkt 7.

BEI DER PREISSTELLUNG SIND FOLGENDE PUNKTE ZU BEACHTEN:

- Die Preise sind in Euro anzugeben.

Es handelt sich um einen (in Euro ausgedrückten) Pauschalpreis, der alle verlangten Arbeiten einschließt, auch eventuell notwendige Reisen zur Befragung der betroffenen Fachkräfte von Ort.

Im Angebot ist ein Festpreis anzugeben; eine Preisanpassung ist nicht möglich.

Das Preisangebot enthält eine getrennte Aufstellung der voraussichtlichen Reise- und Aufenthaltskosten für Reisen im Zusammenhang mit der Durchführung der Studie, einschließlich zwei Arbeitssitzungen in Brüssel.

Diese Aufstellung ist gemäß den Anhängen 1, 2 und 4 dieser Leistungsbeschreibung vorzunehmen und hat auch die für Besprechungen mit Vertretern der GD Bildung und Kultur ggf. erforderlichen Reisen zu berücksichtigen. Der geschätzte Betrag für Reise- und Aufenthaltskosten ist in dem Gesamtbetrag des Angebots enthalten.

Da die Europäische Kommission gemäß Artikel 3 und 4 des Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften von sämtlichen Steuern und Abgaben einschließlich der Mehrwertsteuer befreit ist, dürfen diese Steuern und Abgaben daher nicht in die Berechnung des Preises für das Angebot einfließen. Die Mehrwertsteuer ist getrennt

auszuweisen. Bei der Prüfung der einzelnen Angebote wird die Mehrwertsteuer nicht berücksichtigt.

DAS ANGEBOT IST IN DREIFACHER AUSFERTIGUNG IN EINER DER AMTSSPRACHEN DER EUROPÄISCHEN UNION EINZUREICHEN.

AUSSCHLUSS- UND AUSWAHLKRITERIEN

- Ausschlusskriterien :

Von der Teilnahme an dieser Ausschreibung ausgeschlossen werden Bewerber oder Bieter:

- a) die sich im Konkursverfahren, in Liquidation oder im gerichtlichen Vergleichsverfahren befinden oder ihre gewerbliche Tätigkeit eingestellt haben oder sich aufgrund eines in den einzelstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehenen gleichartigen Verfahrens in einer vergleichbaren Lage befinden;
- b) die aufgrund eines rechtskräftigen Urteils aus Gründen bestraft worden sind, welche ihre berufliche Zuverlässigkeit infrage stellen;
- c) die im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen haben, welche vom Auftraggeber nachweislich festgestellt wurde;
- d) die ihrer Pflicht zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen, Steuern oder sonstigen Abgaben nach den Rechtsvorschriften des Landes ihrer Niederlassung, des Landes des öffentlichen Auftraggebers oder des Landes der Auftrags Erfüllung nicht nachgekommen sind;
- e) die rechtskräftig wegen Betrug, Korruption, Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung oder einer anderen gegen die finanziellen Interessen der Gemeinschaften gerichteten Handlung verurteilt worden sind;
- f) bei denen im Zusammenhang mit einem anderen Auftrag oder einer Finanzhilfe aus dem Gemeinschaftshaushalt eine schwere Vertragsverletzung wegen Nichterfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen festgestellt worden ist.

Die Bewerber oder Bieter müssen eidesstattlich bestätigen, dass die vorstehend genannten Ausschlussgründe nicht auf sie zutreffen.

Der öffentliche Auftraggeber akzeptiert als ausreichenden Nachweis dafür, dass keiner der unter den Buchstaben a), b) oder e) genannten Fälle auf den Bewerber oder Bieter zutrifft, einen Strafregisterauszug neueren Datums oder in Ermangelung eines solchen eine gleichwertige Bescheinigung einer zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde des Ursprungs- oder Herkunftslandes, aus der hervorgeht, dass diese Anforderungen erfüllt sind.

Der öffentliche Auftraggeber akzeptiert als ausreichenden Nachweis dafür, dass der unter Buchstabe d) genannte Fall auf den Bewerber oder Bieter nicht zutrifft, eine von der zuständigen Behörde des betreffenden Staates kürzlich ausgestellte Bescheinigung. Wird eine solche Bescheinigung von dem betreffenden Land nicht ausgestellt, so kann sie durch eine eidesstattliche oder eine feierliche Erklärung ersetzt werden, die der betreffende Auftragnehmer vor einer zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde, einem Notar oder einer dafür zuständigen Berufsorganisation des Ursprungs- oder Herkunftslandes abgibt.

Von der Auftragsvergabe ausgeschlossen werden Bewerber oder Bieter, die im Zeitpunkt des Vergabeverfahrens

- sich in einem Interessenkonflikt befinden;

- im Zuge der Mitteilung der vom öffentlichen Auftraggeber für die Teilnahme an der Ausschreibung verlangten Auskünfte falsche Erklärungen abgegeben haben oder die verlangten Auskünfte nicht erteilt haben.

Gegenüber Bewerbern oder Bietern, auf die einer der oben genannten Ausschlussgründe zutrifft, kann die Kommission gemäß den Artikeln 93, 94 und 96 der Haushaltsordnung (Verordnung Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002) und Artikel 133 der Durchführungsordnung (Verordnung Nr. 2342/2002 der Kommission vom 23. Dezember 2002) verwaltungsrechtliche oder finanzielle Sanktionen verhängen.

Je nach dem Recht des Landes, in dem der Bewerber oder Bieter niedergelassen ist, betreffen die oben genannten Urkunden juristische und/oder natürliche Personen, einschließlich, wenn der öffentliche Auftraggeber es für erforderlich hält, des Unternehmensleiters oder der Personen, die in Bezug auf den Bieter über eine Vertretungs-, Entscheidungs- oder Kontrollbefugnis verfügen.

- Auswahlkriterien :

Die Bieter haben Folgendes nachzuweisen:

a) ihre finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als Voraussetzung zur Durchführung der Arbeiten, die Gegenstand dieser Ausschreibung sind. Die Leistungsfähigkeit kann belegt werden durch einen oder mehrere der folgenden Nachweise:

- entsprechende Bankerklärungen oder Nachweis über den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung;

- Vorlage der Bilanzen oder Bilanzauszüge mindestens der letzten beiden Geschäftsjahre, falls deren Veröffentlichung in dem Land, in dem der Wirtschaftsteilnehmer ansässig ist, gesetzlich vorgeschrieben ist;

- Erklärung über den Gesamtumsatz oder den Umsatz mit einschlägigen Dienstleistungen in den letzten drei Geschäftsjahren.

Kann ein Dienstleistungserbringer aus einem stichhaltigen Grund die vom Auftraggeber geforderten Nachweise nicht beibringen, so kann er seine finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch Vorlage anderer, vom Auftraggeber für geeignet erachteter Belege nachweisen. Handelt es sich beim Bieter um eine natürliche Person, muss diese außerdem nachweisen, dass sie sozialversichert und als Mehrwertsteuerpflichtig gemeldet ist oder ggf. eine Bestätigung über die Befreiung von der Mehrwertsteuer vorlegen;

b) ihre Kenntnis des kulturellen Sektors und der Kulturpolitik in allen europäischen Ländern;

c) ihre Erfahrung mit vergleichbaren Studien.

Die Angebotsunterlagen müssen Folgendes enthalten:

- Lebensläufe der Personen, die Aufgaben im Rahmen des Vertrags übernehmen, mit Angabe ihrer Berufserfahrung und Sprachkenntnisse;
- Aufstellung der wichtigsten in den letzten drei Jahren erbrachten Dienstleistungen unter Angabe des jeweiligen Auftragsgegenstands, Auftragswerts, Ausführungszeitpunkts und (öffentlichen oder privaten) Auftraggebers;
- Aufstellung der an den Arbeiten in allen Ländern beteiligten Partner, falls ein einzelner Auftragnehmer eine Partnerschaft vertritt, um die Bedingungen für diesen Auftrag zu erfüllen.

Angebote von Firmenzusammenschlüssen oder Gruppen von Dienstleistern müssen genaue Angaben zur Rolle, den Qualifikationen und der Erfahrung jedes einzelnen Mitglieds bzw. jeder Gruppe enthalten.

Wenn ein Wirtschaftsteilnehmer einen bestimmten Auftrag weiter zu vergeben oder auf die Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu verweisen wünscht, muss er in diesem Fall dem öffentlichen Auftraggeber beweisen, dass er über die notwendigen Mittel für die Ausführung des Auftrags verfügen wird, z.B. durch Beibringung der Verpflichtungserklärung der betreffenden Unternehmen, ihm diese Mittel zur Verfügung zu stellen.

N. B.: Bieter, die einen dieser Nachweise nicht erbringen, oder bei denen aufgrund der vorgelegten Nachweise davon ausgegangen wird, dass sie den Auswahlkriterien nicht entsprechen, werden nicht berücksichtigt.

ZUSCHLAGSKRITERIEN

Den Zuschlag erhält das auf der Grundlage nachstehender Kriterien wirtschaftlich günstigste Angebot:

- 1) Qualität, Kreativität und Relevanz des Vorschlags sowie vorgeschlagene Methodik zur Durchführung sämtlicher in der vorliegenden Leistungsbeschreibung genannten Aufgaben (für dieses Kriterium können maximal 60 Punkte vergeben werden);
- 2) Kohärenz des Arbeitsprogramms (einschließlich Zeitplan) für die Realisierung sämtlicher in der vorliegenden Leistungsbeschreibung genannten Aufgaben (für dieses Kriterium können maximal 40 Punkte vergeben werden);
- 3) Preis, der anhand eines übersichtlichen und vollständigen Finanzplans berechnet wird (für dieses Kriterium können maximal 50 Punkte vergeben werden).

Der Zuschlag erfolgt auf das Angebot, das für die ersten beiden Kriterien zumindest die im voranstehenden Absatz angegebene Mindestpunktzahl erhalten hat und das günstigste Verhältnis Qualität/Preis aufweist (Gesamtheit der drei Kriterien).

INTERESSENKONFLIKT

1. Der Auftragnehmer trifft alle erforderlichen Vorkehrungen zur Vermeidung von Interessenkonflikten. Sollte sich trotzdem ein derartiger Konflikte ergeben, informiert der Auftragnehmer die Kommission unverzüglich schriftlich darüber. Die Kommission behält sich

vor, zu überprüfen, dass die genannten Vorkehrungen angemessen sind, und gegebenenfalls zu verlangen, dass zusätzliche Vorkehrungen getroffen werden.

Der Auftragnehmer erklärt, dass keine Interessenkonflikte zwischen den Aufgaben, die ihm durch den vorliegenden Vertrag zugewiesen werden und seinen sonstigen Aktivitäten besteht.

2. Der Auftragnehmer erklärt,

- dass er kein Angebot irgendeiner Art gemacht hat, aus dem er einen Vorteil ziehen könnte, und er verpflichtet sich, kein derartiges Angebot vorzulegen;

- der Auftragnehmer hat zu keinem Zeitpunkt als Anreiz oder Entgelt für die Vergabe des vorliegenden Auftrags oder seiner Erfüllung finanzielle oder sonstige Vorteile gewährt, verlangt, zu erhalten versucht oder angenommen, die als illegale Praxis oder Bestechung angesehen werden können, und verpflichtet sich, diese auch in Zukunft nicht zu gewähren, zu verlangen, zu erhalten zu versuchen oder anzunehmen.

BEDINGUNGEN FÜR BIETER

Mit der Einreichung eines Angebots erkennt der Bieter die Bestimmungen für die Vergabe von Leistungen (Anhang 3) sowie alle Bestimmungen in der Leistungsbeschreibung bzw. in der Aufforderung zur Angebotsabgabe und ggf. in zusätzlichen Unterlagen an.

Unbeschadet der Verhängung von Vertragsstrafen werden Bewerber oder Bieter und Auftragnehmer, die sich falscher Erklärungen schuldig gemacht haben, oder bei denen eine schwere Vertragsverletzung wegen Nichterfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen festgestellt worden ist, von aus dem Gemeinschaftshaushalt finanzierten Aufträgen und Finanzhilfen ausgeschlossen und gemäß Artikel 133 der Durchführungsordnung (Verordnung Nr. 2342/2002 der Kommission vom 23. Dezember 2002) mit finanziellen Sanktionen belegt.

DIESER AUFTRAG KANN AN BEWERBER AUS DEN MITGLIEDSTAATEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND DES EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSRAUMS SOWIE ENTSPRECHEND DEM GRUNDSATZ DER GEGENSEITIGKEIT AN BEWERBER AUS DEN UNTERZEICHNERSTAATEN DES ÜBEREINKOMMENS DER WELTHANDELSORGANISATION (WTO) ÜBER DAS ÖFFENTLICHE BESCHAFFUNGSWESEN VERGEBEN WERDEN.

DER BIETER IST VERPFLICHTET, SEIN ANGEBOT SECHS MONATE NACH ABLAUF DER EINREICHUNGSFRIST AUFRECHTZUERHALTEN.

DAS ANGEBOT IST MIT EINEM VOM BIETER ODER SEINEM BEVOLLMÄCHTIGTEN UNTERZEICHNETEN BEGLEITSCHREIBEN* EINZUREICHEN.

Die Unterzeichnung des Angebots bindet den Bieter gegenüber der Vergabestelle. Der Bieter muss genaue Angaben zu seiner Einrichtung machen: Firmenbezeichnung (vollständig); abgekürzte Bezeichnung (falls angebracht); Akronym (gegebenenfalls); Rechtsstellung (Vereinigung, Handelsgesellschaft, Universität, andere); ggf. Mehrwertsteuernummer; Firmenanschrift; alle weiteren Angaben.

* Es kann Anhang 5 „Angaben zum Bieter“ verwendet werden.

ÜBERMITTLUNG DER ANGEBOTE

Das Angebot kann

- a) per Einschreiben, das spätestens am 3.11.2003 aufzugeben ist, eingereicht werden; maßgebend ist in diesem Fall das Datum des Poststempels;
- b) persönlich (vom Bieter selbst, von einem bevollmächtigten Vertreter oder einem privaten Kurierdienst) beim Sekretariat der folgenden Dienststelle

Europäische Kommission

Generaldirektion Bildung und Kultur

z. Hd. von Herrn Antonios Kosmopoulos

Leiter des Referats C2 - Kultur: Politiken und Rahmenprogramm

Rue de la Loi 200 (B-100 06/07)

B-1049 Brüssel

spätestens am 3.11.2003 um 16 Uhr eingereicht werden. Als Einreichnachweis gilt in diesem Fall die vom das Angebot entgegennehmenden Beamten unterzeichnete und datierte Empfangsbestätigung.

Das Angebot ist in doppeltem Umschlag einzureichen. Beide Umschläge sind zu verschließen. Der innere Umschlag muss außer der Bezeichnung der in der Ausschreibung genannten zuständigen Dienststelle die Aufschrift „**Appel d'offres n° DG EAC/59/2003 - A ne pas ouvrir par le service du courrier ni par le secrétariat**“ („Ausschreibung Nr. GD EAC/59/2003 – Weder von der Poststelle noch vom Sekretariat zu öffnen“) tragen. Selbstklebende Umschläge sind mit Klebestreifen zu verschließen, über die der Absender seine Unterschrift setzen muss.

KLARSTELLUNGEN WÄHREND DES VERFAHRENS

Während des Auswahlverfahrens ist bis auf Auskünfte in folgenden Ausnahmefällen jeglicher Kontakt zwischen Vergabestelle und Bietern untersagt: zur Klarstellung der Leistungsbeschreibung (in diesem Fall werden alle Bieter gleichzeitig unterrichtet) oder zur Berichtigung eines Fehlers in einem Angebot (in diesem Fall darf die Klarstellung oder Berichtigung zu keiner Veränderung des Angebots führen).

Klarstellungen werden spätestens sechs Tage vor Ablauf der Einreichungsfrist (3.11.2003) auf die Website des Referats Kultur gestellt, oder, wenn der Antrag in der Woche vor dem Termin eingegangen ist, schnellstmöglich.

Die beantragten Klarstellungen erscheinen auf der Website des Referats „Kultur“ der Europäischen Kommission unter folgender Adresse:

http://europa.eu.int/comm/culture/eac/index_fr.html oder

http://europa.eu.int/comm/culture/eac/index_en.html.

DIE KOSTEN FÜR DIE ÜBERMITTLUNG DES ANGEBOTS TRÄGT DER BIETER.

ERÖFFNUNG DER ANGEBOTE

Es wird ein Ad-hoc-Ausschuss eingesetzt, der die Angebote eröffnet und prüft, ob die Verfahren für die Einreichung von Angeboten eingehalten wurden (Poststempel, doppelter Umschlag, Unterschrift und andere Bestimmungen dieser Leistungsbeschreibung). Die Angebotseröffnung findet am 12.11.2003 um 10 Uhr im Sitzungssaal 0/00 des Gebäudes der GD EAC, Referat C 2, rue Belliard 100, B-1040 Brüssel, statt.

Ein Vertreter der Einrichtung des Bieters kann der Angebotseröffnung beiwohnen.

ANTRÄGE AUF STELLUNG VON SICHERHEITEN FÜR VORSCHUSSZAHLUNGEN VON ÜBER 50 000 EURO

a) Die Sicherheit wird von einer Bank oder einem zugelassenen Finanzinstitut gestellt. Sie kann durch die selbstschuldnerische persönliche Bürgschaft eines Dritten ersetzt werden. Die Bürgschaft muss auf Euro lauten. Ihr Zweck besteht darin, die Bank, das Finanzinstitut oder den Dritten als unkündbaren Solidarbürgen oder Bürgen auf erstes Anfordern einer Bank für die Verbindlichkeiten des Auftragnehmers haftbar zu machen.

b) Die Freigabe dieser Sicherheit erfolgt im Zuge der Verrechnung der Vorfinanzierung mit den Zwischenzahlungen oder der Zahlung des Restbetrags, die nach Maßgabe des Vertrags zugunsten des Auftragnehmers geleistet werden.

VERÖFFENTLICHUNG

Die Rechte an der Studie sowie für deren Vervielfältigung und Veröffentlichung verbleiben bei der Europäischen Kommission. Jedes Schriftstück, das sich ganz oder teilweise auf die im Rahmen des Auftrags durchgeführten Arbeiten stützt, darf nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung der Europäischen Kommission veröffentlicht werden.

DIE BIETER WERDEN ÜBER ANNAHME ODER ABLEHNUNG IHRER ANGEBOTE INFORMIERT.

Anhänge

- 1 Mustervertrag**
- 2 Kostenaufstellungen**
- 3 Verdingungsordnung – Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Leistungen**
- 4 Richtsätze für Fahrt- und Aufenthaltskosten**
- 5 Angaben zum Bieter**



EUROPEAN COMMISSION
Directorate general for Education and Culture

Culture, audiovisual policy and sport
Culture: policy and framework programme

SERVICE CONTRACT

CONTRACT – «NO_REF» «PROG_COD»-«SACT_COD»

The European Community (hereinafter referred to as "the Community"), represented by the Commission of the European Communities (hereinafter referred to as "the Commission"), which is represented for the purposes of the signature of this contract Mr Gregory PAULGER, Director, Directorate-General for Education and Culture,

of the one part,

and

«DEMA_NOM_CONT»

VAT Registration Nr :

Social Security Registration :

with its registered office at :

«ADRE_RUE»,

«ADRE_BUILD»

«ADRE_BOX»

«DEMA_ST_NAME» - «ADRE_COD_POS» «DEMA_ST_CITY»

(hereinafter referred to as "**the Contractor**"), represented for the purposes of the signature of this contract by:
«RESI_NOM»

acting as :

of the other part,

HAVE AGREED

the Special Conditions and the General Conditions below and the following Annexes:

Annex I: Specifications

Annex II: Reporting

Annex III: Offer of the contractor

which form an integral part of this contract (hereinafter referred to as "the Contract").

The terms set out in the Special Conditions shall take precedence over those in the other parts of the Contract. The terms set out in the General Conditions shall take precedence over those in the Annexes. The terms set out in Annexes I and II shall take precedence over those in Annex III.

I – SPECIAL CONDITIONS

ARTICLE I.1 - SUBJECT

I.1.1. The subject of the Contract is:

«PROJ_TIT» «PROJ_TIT2»

I.1.2. The Contractor shall execute the tasks assigned to him in accordance with the Technical Specifications annexed to the Contract (Annex I).

ARTICLE I.2 - DURATION

I.2.1. The Contract shall enter into force on the date on which it is signed by the last contracting party.

I.2.2. Execution of the tasks may under no circumstances begin before the date on which the Contract enters into force.

I.2.3. Execution of the tasks shall start from date of entry into force of the Contract and shall be completed no later than «DEDE_DAT_FIN_CON». The period of execution of the tasks may be extended only with the express written agreement of the parties before the tasks have been completed.

ARTICLE I.3 – AMOUNT

I.3.1. The total amount to be paid by the Commission under the Contract shall be EUR «DEDE_MNT_PROVOY» covering all tasks executed.

I.3.2. Travel, subsistence and shipment expenses are included in the amount specified in Article I.3.1.

ARTICLE I.4 – PAYMENTS

Payments under the Contract shall be made in accordance with Article II.4.

I.4.1. Pre-financing:

Following the signature of the Contract by the last contracting party, within 30 days a pre-financing payment equal to 30% of the total amount referred to in Article I.3.1 shall be made.

I.4.2. Interim payment:

An interim payment equal to 40% of the amount mentioned in Article I.3.1 should be made. Each request for interim payment shall be valid if accompanied by:

- an interim technical report in accordance with the instructions laid down in Annex II- Reporting ;
- the relevant invoices

provided the above documents have been approved by the Commission. These documents need to be submitted to the Commission latest on the date referred to in Annex II – Reporting.

The Commission shall have sixty days to approve or reject the documents and the Contractor shall have twenty days in which to submit new documents.

Within 30 days of the date on which the documents accompanying a request for payment are approved by the Commission, an interim payment corresponding to the relevant invoices shall be made.

I.4.3. Payment of the balance:

The request for payment of the balance shall be valid if accompanied by:

- the final technical report in accordance with the instructions laid down in Annex II - Reporting
- the relevant invoices ;

provided the above documents have been approved by the Commission.

The Commission shall have sixty days to approve or reject the documents and the Contractor shall have twenty days in which to submit new documents.

Within 30 days of the date on which the documents accompanying a request for payment are approved by the Commission, payment of the balance corresponding to the relevant invoices shall be made.

ARTICLE I.5 – BANK ACCOUNT

Payments shall be made to the Contractor's bank account denominated in euro, identified as follows:

«DEST_BAN_NOM»
«DEST_BAN_RUE», «DEST_BAN_NUM_BAT»
«DEMA_ST_NAME» - «DEST_BAN_COD_POS» «DEST_BAN_VIL»
Account holder: «DEST_NOM»
Full account number including codes: «DEST_NUM_COM»

ARTICLE I.6 – GENERAL ADMINISTRATIVE PROVISIONS

Any communication relating to the Contract shall be made in writing and shall bear the Contract number. It shall be sent to the following addresses:

Commission:

European Commission
Directorate-General for Education and Culture
Culture, audiovisual policy and sport
Culture: policy and framework programme
B-1049 Brussels

Contractor:

Mr/Mrs/Ms «REPR_NOM» «REPR_PRE»
Function:.....
«DEMA_NOM_CONT»
«ADRE_RUE», «ADRE_NUM»
«ADRE_BUILD»
«ADRE_BOX»
«DEMA_ST_NAME» - «ADRE_COD_POS» «DEMA_ST_CITY»

ARTICLE I.7– APPLICABLE LAW AND SETTLEMENT OF DISPUTES

I.7.1. The Contract shall be governed by the national substantive law of Belgium.

I.7.2. Any dispute between the parties resulting from the interpretation or application of the Contract which cannot be settled amicably shall be brought before the courts of Belgium.

II – GENERAL CONDITIONS

ARTICLE II.1 – PERFORMANCE OF THE CONTRACT

- II.1.1.** The Contractor shall perform the Contract to the highest professional standards. The Contractor shall have sole responsibility for complying with any legal obligations incumbent on him, notably those resulting from employment, tax and social legislation.
- II.1.2.** The Contractor shall have sole responsibility for taking the necessary steps to obtain any permit or licence required for performance of the Contract under the laws and regulations in force at the place where the tasks assigned to him are to be executed.
- II.1.3.** Without prejudice to Article II.3 any reference made to the Contractor's staff in the Contract shall relate exclusively to individuals involved in the performance of the Contract.
- II.1.4.** The Contractor must ensure that any staff performing the Contract have the professional qualifications and experience required for the execution of the tasks assigned to him.
- II.1.5.** The Contractor may neither represent the Commission nor behave in any way that would give such an impression. The Contractor shall inform third parties that he does not belong to the European public service.
- II.1.6.** The Contractor shall have sole responsibility for the staff who execute the tasks assigned to him. They may not be given orders direct by the Commission. The Contractor shall make provision for the following employment or service relationships with his staff:
- staff executing the tasks assigned to the Contractor may not be given orders direct by the Commission;
 - the Commission may not under any circumstances be considered to be the staff's employer and the said staff shall undertake not to invoke in respect of the Commission any right arising from the working relationship between the Commission and the Contractor.
- II.1.7.** In the event of disruption resulting from the action of a member of the Contractor's staff working on Commission premises or in the event of the expertise of a member of the Contractor's staff failing to correspond to the profile required by the Contract, the Contractor shall replace him without delay. The Commission shall have the right to request the replacement of any such member of staff, stating its reasons for so doing. Replacement staff must have the necessary qualifications and be capable of performing the Contract under the same contractual conditions. The Contractor shall be responsible for any delay in the execution of the tasks assigned to him resulting from the replacement of staff in accordance with this Article.
- II.1.8.** Should any unforeseen event, action or omission directly or indirectly hamper execution of the tasks, either partially or totally, the Contractor shall immediately and on his own initiative record it and report it to the Commission. The report shall include a description of the problem and an indication of the date on which it started. In such event the Contractor shall give priority to solving the problem rather than determining liability.
- II.1.9.** Should the Contractor fail to perform his obligations under the Contract in accordance with the provisions laid down therein, the Commission may - without prejudice to its right to terminate the Contract - reduce or recover payments in proportion to the scale of the failure. In addition, the Commission may impose penalties or liquidated damages, as provided for in Article II.16.

ARTICLE II.2 – LIABILITY

- II.2.1.** The Commission shall not be liable for damage sustained by the Contractor in performance of the Contract except in the event of misconduct or negligence on the part of the Commission.
- II.2.2.** The Contractor shall be liable for any loss or damage caused by himself in performance of the Contract, including in the event of subcontracting under Article II.13. The Commission shall not be liable for any act or default on the part of the Contractor in performance of the Contract.

II.2.3. The Contractor shall indemnify the Commission in full and undertakes to provide compensation in the event of any action, claim or proceeding brought against it by a third party as a result of damage caused by the Contractor in performance of the Contract.

II.2.4. In the event of any action brought by a third party against the Commission in connection with performance of the Contract, the Contractor shall assist the Commission. Expenditure incurred by the Contractor to this end may be borne by the Commission.

II.2.5. In the event of any action brought by a third party against the Contractor in connection with performance of the Contract, the Commission may assist the Contractor if a written request is made by the Contractor to this effect. Expenditure incurred by the Commission to this end shall be borne by the Contractor.

II.2.6. The Contractor shall take out the insurance against risks and damage relating to performance of the Contract required by the relevant legislation . He shall take out supplementary insurance if he deems it necessary and appropriate in order to perform the Contract. A copy of all the relevant insurance contracts shall be sent to the Commission should it so request.

ARTICLE II.3 - CONFLICT OF INTERESTS

II.3.1. The Contractor shall take all necessary measures to prevent or end any situation that could compromise the impartial and objective performance of the Contract. Such conflict of interests could arise in particular as a result of economic interest, political or national affinity, family or emotional ties, or any other relevant connection or shared interest. Any conflict of interests which could arise during performance of the Contract must be notified to the Commission in writing without delay.

The Commission reserves the right to verify that such measures are adequate and may require additional measures to be taken if necessary. The Contractor shall ensure that his staff, board and directors are not placed in a situation which could give rise to conflict of interests. Without prejudice to Article II.1 the Contractor shall replace, immediately and without compensation from the Commission, any member of his staff exposed to such a situation.

II.3.2. The Contractor shall abstain from any contact likely to compromise his independence.

II.3.3. The Contractor declares:

- that he has not made and will not make any offer of any type whatsoever from which an advantage can be derived under the Contract;
- that he has not granted and will not grant, has not sought and will not seek, has not attempted and will not attempt to obtain, and has not accepted and will not accept, any advantage, financial or in kind, to or from any party whatsoever;
- constituting an illegal practice or involving corruption, either directly or indirectly, as an incentive or reward relating to performance of the Contract.

II.3.4. The Contractor shall pass on all the relevant obligations in writing to his staff, board, and directors as well as to third parties involved in performance of the Contract. A copy of the instructions given and the undertakings made in this respect shall be sent to the Commission should it so request.

ARTICLE II.4 – PAYMENTS

II.4.1. Interim payment:

At the end of each of the periods indicated in Annex II the Contractor shall submit to the Commission for approval a formal request for payment accompanied by those of the following documents which are provided for in the Special Conditions:

- an interim technical report in accordance with the instructions laid down in Annex II – Reporting;
- the relevant invoices indicating the reference number of the Contract to which they refer;

On receipt of the documents the Commission shall have the period of time indicated in the Special Conditions in which:

- to approve them, with or without comments, reservations or requests for additional information; or
- to request new documents.

If the Commission does not react within this period, the documents shall be deemed to have been approved. Approval of the documents accompanying the request for payment does not imply recognition either of their regularity or of the authenticity, completeness or correctness of the declarations or information enclosed.

Where the Commission requests new documents, these shall be submitted within the period of time indicated in the Special Conditions. The new documents shall likewise be subject to the above provisions.

II.4.2. Payment of the balance:

Within sixty days of completion of the tasks referred to in Annex I the Contractor shall submit to the Commission for approval a formal request for payment accompanied by those of the following documents which are provided for in the Special Conditions:

- a final technical report in accordance with the instructions laid down in Annex II - Reporting;
- the relevant invoices indicating the reference number of the Contract to which they refer.

On receipt of the documents the Commission shall have the period of time indicated in the Special Conditions in which:

- to approve them, with or without comments, reservations or requests for additional information; or
- to request new documents.

If the Commission does not react within this period, the documents shall be deemed to have been approved. Approval of the documents accompanying the request for payment does not imply recognition either of their regularity or of the authenticity, completeness or correctness of the declarations and information enclosed.

Where the Commission requests new documents, these shall be submitted within the period of time indicated in the Special Conditions. The new documents shall likewise be subject to the above provisions.

ARTICLE II.5 – GENERAL PROVISIONS CONCERNING PAYMENTS

II.5.1. Payments shall be deemed to have been made on the date on which the Commission's account is debited.

II.5.2. The periods referred to in Article I.4 may be suspended by the Commission at any time if it informs the Contractor that his payment request is not admissible, either because the amount is not due or because the necessary supporting documents have not been produced.

The Commission shall notify the Contractor accordingly by registered letter with acknowledgement of receipt or equivalent. Suspension shall take effect from the date of dispatch of the letter.

II.5.3. In the event of late payment the Contractor may claim interest within two months of receiving the payment. Interest shall be calculated at the rate applied by the European Central Bank to its most recent main refinancing operations ("*the reference rate*") plus seven percentage points ("*the margin*"). The reference rate in force on the first day of the month in which the payment is due shall apply. Such interest rate is published in the C series of the Official Journal of the European Union. Interest shall be payable for the period elapsing from the calendar day following expiry of the time-limit for payment up to the day of payment. Suspension of payment by the Commission may not be deemed to constitute late payment.

II.5.4. The Financial Regulation applicable to the general budget of the European Communities imposes a final date for implementation on legal commitments towards third parties extending over more than one financial year by which all the phases of execution have to be completed and the payments made.

This final date shall be determined by adding to the date on which the tasks have to be completed :
the maximum periods laid down for the submission of reports and other documents required from the Contractor,

- the maximum periods laid down for their approval,
- the maximum payment period,
- where applicable, the maximum period laid down for acceptance of the services and release of the performance guarantee.

In the event of amendment of the date on which the tasks have to be completed or of the periods indicated above, the final date for implementation shall automatically be modified accordingly.

ARTICLE II.6 – RECOVERY

II.6.1. If total payments made exceed the amount actually due under the Contract or if recovery is justified in accordance with the terms of the Contract, the Contractor shall reimburse the appropriate amount in euro on receipt of the debit note, in the manner and within the time limits set by the Commission.

II.6.2. In the event of failure to pay by the deadline specified in the request for reimbursement, the sum due shall bear interest at the rate indicated in Article II.5.3. Such interest rate is published in the C series of the Official Journal of the European Union. Interest shall be payable from the calendar day following the due date up to the calendar day on which the debt is repaid in full.

II.6.3. The Commission may, after informing the Contractor, recover amounts established as receivable by offsetting, in cases where the Contractor also has a claim on the Communities that is certain, of a fixed amount and due. The Commission may also claim against the guarantee, where provided for. The agreement of the Contractor is not required.

II.6.4. The Contractor is aware that the Commission may formally establish an amount as being receivable from persons other than States by means of a decision which shall be enforceable within the meaning of Article 256 of the EC Treaty.

ARTICLE II.7 - REIMBURSEMENTS

II.7.1. Where provided by the Special Conditions, the Commission shall reimburse the expenses which are directly connected with execution of the tasks specified in Article I.1.

II.7.2. Travel and subsistence expenses shall be reimbursed, where appropriate, on the basis of the shortest itinerary on production of original supporting documents, including receipts and used tickets.

II.7.3. Travel expenses shall be reimbursed as follows:

- a) travel by air shall be reimbursed up to the maximum cost of an economy class ticket at the time of the reservation;
- b) travel by boat or rail shall be reimbursed up to the maximum cost of a first class ticket;
- c) travel by car shall be reimbursed at the rate of one first class rail ticket for the same journey and on the same day;

II.7.4. Subsistence expenses shall be reimbursed on the basis of a daily allowance as follows:

- a) for journeys of less than 200 km (return trip) no subsistence allowance is payable;
- b) daily subsistence allowance shall be payable only on receipt of a supporting document proving that the person concerned was present at the place of destination;
- c) daily subsistence allowance shall take the form of a flat-rate payment to cover all subsistence expenses, including accommodation, meals, local transport, insurance and sundries;
- d) daily subsistence allowance, where applicable, shall be reimbursed at the rate specified in Article I.3.3.

II.7.5. The cost of shipment of equipment or unaccompanied luggage shall be reimbursed provided the Commission has given prior written authorisation.

ARTICLE II.8 – OWNERSHIP OF THE RESULTS- INTELLECTUAL AND INDUSTRIAL PROPERTY

Any results or rights thereon, including copyright and other intellectual or industrial property rights, obtained in performance of the Contract, shall be owned solely by the Community, which may use, publish, assign or transfer them as it sees fit, without geographical or other limitation, except where industrial or intellectual property rights already exist.

ARTICLE II.9 – CONFIDENTIALITY

- II.9.1.** The Contractor undertakes to treat in the strictest confidence and not make use of or divulge to third parties any information or documents which are linked to the performance of the Contract. The Contractor shall continue to be bound by this undertaking after completion of the tasks.
- II.9.2.** The Contractor shall obtain from each member of his staff, board and directors an undertaking that they will respect the confidentiality of any information which is linked, directly or indirectly, to execution of the tasks and that they will not divulge to third parties or use for their own benefit or that of any third party any document or information not available publicly, even after completion of the tasks.

ARTICLE II.10 - USE, DISTRIBUTION AND PUBLICATION OF INFORMATION

- II.10.1.** The Commission shall be entitled to use, distribute and publish, for whatever purpose, by whatever means and on whatever medium, information relating to the Contract, in particular the identity of the Contractor, the subject matter, the duration, the amount paid and the reports.
- II.10.2.** The Commission shall not be required to distribute or publish documents or information supplied in performance of the Contract. If it decides not to publish the documents or information supplied, the Contractor may not have them distributed or published elsewhere without prior written authorisation from the Commission.
- II.10.3.** Any distribution or publication of information relating to the Contract by the Contractor shall require prior written authorisation from the Commission and shall mention the amount paid by the Community. It shall state that the opinions expressed are those of the Contractor only and do not represent the Commission's official position.
- II.10.4.** The use of information obtained by the Contractor in the course of the Contract for purposes other than its performance shall be forbidden, unless the Commission has specifically given prior written authorisation to the contrary.

ARTICLE II.11 - TAXATION

- II.11.1.** The Contractor shall have sole responsibility for compliance with the tax laws which apply to him. Failure to comply shall make the relevant invoices invalid.
- II.11.2.** The Contractor recognises that the Commission is, as a rule, exempt from all taxes and dues, including value added tax (VAT), pursuant to the provisions of Articles 3 and 4 of the Protocol on the Privileges and Immunities of the European Communities.
- II.11.3.** The Contractor shall accordingly complete the necessary formalities with the relevant authorities to ensure that the goods and services required for performance of the Contract are exempt from taxes and dues, including VAT.
- II.11.4.** Invoices presented by the Contractor shall specify separately his VAT taxation place, the amounts not including VAT and the amounts including VAT.

ARTICLE II.12 – FORCE MAJEURE

- II.12.1.** Force majeure shall mean any unforeseeable and exceptional situation or event beyond the control of the contracting parties which prevents either of them from performing any of their obligations under the Contract, was not due to error or negligence on their part or on the part of a subcontractor, and could not have been avoided by the exercise of due diligence. Defects in equipment or material or delays in making it available, labour disputes, strikes or financial problems cannot be invoked as force majeure unless they stem directly from a relevant case of force majeure.
- II.12.2.** If either of the contracting parties is faced with force majeure, it shall notify the other party without delay by registered letter with acknowledgement of receipt or equivalent, stating the nature, likely duration and foreseeable effects.
- II.12.3.** Neither contracting party shall be held in breach of its contractual obligations if it has been prevented from performing them by force majeure. Where the Contractor is unable to perform his contractual obligations owing to force majeure, he shall have the right to remuneration only for tasks actually executed.
- II.12.4.** The contracting parties shall take the necessary measures to reduce damage to a minimum.

ARTICLE II.13 – SUBCONTRACTING

- II.13.1.** The Contractor shall not subcontract without prior written authorisation from the Commission nor cause the Contract to be performed in fact by third parties.
- II.13.2.** Even where the Commission authorises the Contractor to subcontract to third parties, he shall none the less remain bound by his obligations to the Commission under the Contract.
- II.13.3.** The Contractor shall make sure that the subcontract does not affect rights and guarantees to which the Commission is entitled by virtue of the Contract, notably Article II.17.

ARTICLE II.14 – ASSIGNMENT

- II.14.1.** The Contractor shall not assign the rights and obligations arising from the Contract, in whole or in part, without prior written authorisation from the Commission.
- II.14.2.** In the absence of the authorisation referred to in 1 above, or in the event of failure to observe the terms thereof, assignment by the Contractor shall not be enforceable against and shall have no effect on the Commission.

ARTICLE II.15 – TERMINATION

- II.15.1.** The Commission may terminate the contract in the following circumstances:
- a) where a change in the Contractor's legal, financial, technical or organisational situation could have a significant effect on the Contract;
 - b) where performance of the Contract has not actually commenced within three months of the date foreseen for the commencement of execution of the tasks, and the new date proposed, if any, is considered unacceptable by the Commission;
 - c) where the Contractor is unable, through his own fault, to obtain any permit or licence required for performance of the Contract;
 - d) where the Contractor has failed to perform the Contract;
 - e) where the Contractor has been found guilty by the competent bodies of serious professional misconduct;
 - f) where the Contractor is declared bankrupt, is wound up, has ceased trading, has been wound up by court order or is in composition with his creditors entailing suspension of business, is in receivership or is in any other comparable situation provided for by the laws or regulations of his country;
 - g) where the Contractor has made false, incomplete or incorrect statements or has failed to provide information in an attempt to obtain the Contract or any benefit resulting therefrom, or where this was the effect of his action;

h) where the Contractor has, intentionally or by negligence, committed an irregularity in performance of the Contract or in relation to other contracts concluded with an institution, organ or agency of the European Communities and, more generally, in the event of fraud, corruption or any other illegal activity detrimental to the Communities' financial interests on the part of the Contractor.

II.15.2. In case of force majeure, notified in accordance with Article II.12, either contracting party may terminate the Contract.

II.15.3. Registered letter with acknowledgement of receipt or equivalent shall initiate the termination procedure. Where prior notice is not required (points c), e), f) g) and h)), termination shall take effect from the day after the day on which the letter terminating the Contract is received.

Where prior notice is required (points a), b) and d)), termination shall take effect after a period of three months, which shall start to run on the date on which the letter terminating the Contract is received. The Contractor may submit arguments against termination within thirty days. In the absence of reaction on his part or of written withdrawal of the termination notice by the Commission within thirty days of the receipt of such arguments, the termination procedure shall be maintained.

II.15.4. Consequences of termination:

In the event of the Commission terminating the Contract in accordance with this Article, the Contractor shall waive any claim for consequential damages, including any loss of anticipated profits for uncompleted work.

On receipt of the letter terminating the Contract, the Contractor shall take all appropriate measures to minimise costs, prevent damage, and cancel or reduce his commitments. He shall draw up the documents required by the Special Conditions for the tasks executed up to the date on which termination takes effect, within a period not exceeding sixty days from that date.

The Contractor shall be entitled to remuneration for the tasks carried out in accordance with Annex I and accepted by the Commission. The Contractor shall accept as the aggregate liability of the Commission payment of the contract price corresponding to the tasks executed by him in accordance with the Contract as at the effective date of termination. However, in the event of termination on the grounds set out in points (b), (c), (d), (e), (g) or (h) of Article II.15.1, the Commission may recover any sums paid to the Contractor under the Contract.

ARTICLE II.16 – PENALTIES AND LIQUIDATED DAMAGES

II.16.1. Under the Financial Regulation applicable to the general budget of the European Communities contractors who have been found to have seriously failed to meet their contractual obligations are subject to financial penalties representing 2% to 10% of the total value of the contract in question. This rate may be increased to 4% to 20% in the event of a repeat offence within five years of the first infringement.

II.16.2. Should the Contractor fail to perform his obligations under the Contract within the time specified in Article I.2, then, without prejudice to the Contractor's actual or potential liability incurred in relation to the Contract or to the Commission's right to terminate the Contract, the Commission may decide to impose liquidated damages of 0.2% of the amount specified in Article I.3.1 per calendar day of delay.

The Contractor may submit arguments against this decision within thirty days of notification by registered letter with acknowledgement of receipt or equivalent. In the absence of reaction on his part or of written withdrawal by the Commission within thirty days of the receipt of such arguments, the decision imposing the liquidated damages shall become enforceable.

ARTICLE II.17 – CHECKS AND AUDITS

- II.17.1.** The Contractor shall provide free of charge all the detailed information requested by the Commission or by an outside body of the Commission's choice with a view to checking that the Contract is being properly performed.
- II.17.2.** The Contractor shall keep at the Commission's disposal the original or, in exceptional cases, duly authenticated copies of all documents relating to the Contract for a period of five years from payment of the balance.
- II.17.3.** The Commission may, at any time within the period specified in the paragraph above, arrange for an audit to be carried out either by an outside body of its choice or by the Commission departments themselves. The object of such an audit shall be limited to checking that the Contractor has complied with the Contract. The cost shall be borne by the Commission.
- II.17.4.** In order to carry out these audits, the Commission departments and the outside bodies concerned shall have total on-the-spot access, notably to the Contractor's offices, at all times and to all the information needed to check that the Contractor has complied with the Contract, including information in electronic format.
- II.17.5.** The European Court of Auditors and the European Anti-Fraud Office shall have the same rights as the Commission, notably right of access, for the purpose of checks and audits.

ARTICLE II.18 – AMENDMENTS

Any amendment to the Contract shall be the subject of a written agreement concluded by the contracting parties. An oral agreement shall not be binding on the contracting parties.

SIGNATURES

For the Contractor,
«RESI_NOM»
function:.....

For the Commission,
Gregory PAULGER,
Director

signature[s]: _____

signature[s]: _____

Done at,
Date : . . / . . /

Done at Brussels,
Date : . . / . . /

In duplicate in English.

ANHANG 1/I

CONTRACT – «NO_REF»

LEISTUNGSBESCHREIBUNG

Öffentlicher Dienstleistungsauftrag Nr. GD EAC/59/03, zu vergeben im offenen Verfahren und durch Ausschreibung

TITEL : Studie zur Aufstellung der vorbildlichen Verfahren zur Verknüpfung von Kultur und Bildung in den Mitgliedstaaten, den Kandidatenländern und den EWR-Ländern

ANHANG 1/II

CONTRACT N. «NO_REF»

REPORTS AND DOCUMENTS

The purpose of this Annex is to enable the Commission to conduct, throughout the duration of the Contract, an accurate appraisal of whether the Contractor is executing the tasks assigned to him in accordance with the provisions of the Contract. Work carried out by the Contractor in performance of the contract will be the subject of the following reports, 3 copies of which must be sent to the Commission by the Contractor.

1. Interim report

The report will describe the work carried out and the results obtained during each period or phase, the duration of which is specified below, and state in particular:

- the effects, if any, of the results obtained on the overall work covered by the contract;
- the work programme planned for the following period.

The interim reports must be sent to the Commission within 15 days following the first six months from the date of signature of the contract by the two parties.

2. Final report

The final report will describe the overall work carried out and the results obtained in performance of the contract. It will also contain a summary of the main results.

A draft of the final report must be submitted to the Commission no later than 10 months from the date of signature of the contract by the two parties. The Commission will then either inform the Contractor that it accepts the draft or send him its comments.

Within twenty days of receiving any such comments, the Contractor will send the Commission his final report, which will either take account of the comments or put forward alternative points of view.

The final report will be deemed to have been accepted by the Commission if it does not expressly inform the Contractor of any comments within sixty days of its receipt.

ANHANG 1/III –

CONTRACT n° «NO_REF»

OFFER OF THE CONTRACTOR

ANHANG 2

TABELLARISCHER FINANZPLAN

(Alle Beträge sind in Euro anzugeben)

FINANZIELLE GESAMTSCHÄTZUNGEN

Personalkosten	Reisenkosten	Gemeinkosten	Sonstige Kosten	SUMME (in Euro)

Erläuterungen:

ÜBERSICHTSTABELLE FÜR DAS GESAMTE PERSONAL

Personalkategorie e*	Zahl der Personen	Zahl der Arbeitstage	Kosten (in Euro) pro Person pro Tag	Zwischensumme
GESAMTSUMME				

* z. B.: Berater, Experten, Sekretariatspersonal.

Erläuterungen:

REISEKOSTEN (in Euro)

REISEKOSTEN FÜR SITZUNGEN MIT DER GD EAC							
Zahl der Personen	Personal kategorie *	Anzahl der Tage**	Transpor tmittel	Dauer	Gesamtk osten für Reise	Gesamtk osten für Aufentha lt***	GESAM TSUMM E (in Euro)

* - z. B.: Berater, Experten, Sekretariatspersonal.

** - Hin- und Rückfahrt.

*** - Hotels - ... (z. B. 2 Nächte zu 100 Euro/Nacht: 2 x 100).

Erläuterungen:

REISEN / BESUCHTE LÄNDER								
Zahl der Persone n	Persona lkatego rie*	Anzahl der Reisen*	Transp ortmitte l	Besucht e Länder (nach Ländern)	Dauer	Gesamt kosten für Reise	Gesamt kosten für Aufent halt	SUMM E (in Euro)

* - z. B.: Berater, Experten, Sekretariatspersonal.

** - Hin- und Rückfahrt.

*** - Hotel - pro Tag (z. B. 2 Nächte zu 100 Euro/Nacht: 2 x 100).

Erster Teil der Verdingungsordnung:

BESTIMMUNGEN FÜR ANGEBOTSEINREICHUNG UND AUFTRAGSVERGABE

ARTIKEL 1 – Angebote

- 1.1 Mit der Einreichung seines Angebots aufgrund einer Ausschreibung der K.E.G. (einschließlich GFS – Gemeinsame Forschungsstelle)
- (i) erkennt der Bieter alle in der Ausschreibung, in dieser Verdingungsordnung und gegebenenfalls in den Besonderen Bedingungen festgelegten Vertragsbedingungen an und
 - (ii) verzichtet auf die Anwendung eigener Geschäftsbedingungen.

Sofern in der Ausschreibung nicht ausdrücklich anders bestimmt, ist der Bieter innerhalb eines Zeitraums von drei Monaten ab dem Zeitpunkt der Absendung des Angebots an die Kommission an sein Angebot gebunden.

- 1.2 Die Angebote müssen:
- (i) vorzugsweise auf Kopfbogen des Bieters oder auf dem Antwortformular der Kommission eingereicht werden,
 - (ii) vom Bieter oder seinem Bevollmächtigten unterzeichnet sein,
 - (iii) gut leserlich und zweifelsfrei sein,
 - (iv) in doppeltem Umschlag eingereicht werden; beide Umschläge sind zu verschließen, der innere Umschlag muss zusätzlich zu der in der Ausschreibung angegebenen Anschrift des Empfängers den Vermerk tragen: “Ausschreibung – nicht von der Poststelle zu öffnen”. Werden selbstklebende Umschläge verwendet, so sind diese mit Klebestreifen zu verschließen. Quer über diese Klebestreifen hat der Absender seinen Namenszug anzubringen,
 - (v) spätestens zu dem in der Ausschreibung angegebenen Zeitpunkt entweder mit Einschreibbrief versandt – maßgebend ist das Datum des Poststempels – oder durch Boten überbracht werden, dem die Kommission eine mit Datum versehene Empfangsbestätigung aushändigt.

ARTIKEL 2 – Preise

- 2.1 K.E.G. und GFS leisten die Zahlungen für die von ihnen vergebenen Aufträge in Euro. Die Angebote sind daher in Euro zu unterbreiten.
- 2.2 In den Angeboten sind der Gesamtpreis des Auftrags und – gegebenenfalls nach Maßgabe der Besonderen Bedingungen oder der Dokumente, die an ihre Stelle treten – seine einzelnen Bestandteile sowie etwaige Steuern, Zölle, Verpackungs-, Transport- und Versicherungskosten gesondert anzugeben.

Die Kosten für die Montage und für alle sonstigen Leistungen, die Bestandteil einer Lieferung sind, sind entsprechend den Besonderen Bedingungen gesondert anzugeben.

- 2.3 Gemäß Artikel 3 und 4 des Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften vom 8 April 1965 (ABl. Nr 152 vom 13. Juli 1967) sind die Gemeinschaften von allen Zöllen, indirekten Steuern und Verkaufsabgaben befreit. Die Mitgliedstaaten nehmen aufgrund von Belegen nachträgliche Erstattungen an die Kommission vor oder gewähren ihr unmittelbare Befreiungen. Die Kommission erteilt dem Auftragnehmer hierzu entsprechende Anweisungen.
- 2.4 Erstreckt sich die Ausschreibung ausdrücklich auf mehrere Posten oder Lose, hat der Bieter den Preis für jeden Posten oder jedes Los getrennt anzugeben. Er kann ferner den Preisnachlass angeben, den er gewährt, falls ihm der Zuschlag für den Gesamtauftrag oder für eine Gruppe von ihm bezeichneter Posten oder Lose erteilt wird.

Er kann ebenfalls sein Angebot von der Erteilung des Zuschlags für den Gesamtauftrag oder einen Teil des Gesamtauftrags abhängig machen.

- 2.5 Soweit in der Ausschreibung nicht ausdrücklich anders bestimmt, sind die in dem Angebot genannten Preise Festpreise.

ARTIKEL 3 – Zuschlag

- 3.1 Der Vertrag wird durch schriftliche Einigung der Vertragspartner geschlossen.
- 3.2 Der Vertrag kommt zustande, wenn dem Bieter der Zuschlag auf sein Angebot mitgeteilt wird.

Die Mitteilung kann in Form eines Briefes oder eines Auftrags Scheins erfolgen.

- 3.3 Entspricht der Zuschlag nicht in allen Punkten dem Angebot oder wird der Zuschlag verspätet erteilt, so kommt der Vertrag durch eine schriftliche Bestätigung des Bieters zustande.
- 3.4 Der Vertrag kann auch in der Form eines von den Vertragsparteien unterzeichneten Vertragsdokumentes geschlossen werden. In diesem Fall finden die Allgemeinen Bedingungen für Werk- und Dienstverträge Anwendung (Teil V dieser Verdingungsordnung).
- 3.5 Die Kommission behält sich vor, Aufträge über Rahmenverträge zu vergeben, wenn die genauen Mengen und der genaue Zeitpunkt der Lieferung bzw. Leistung nicht im voraus festgelegt werden können. Mit der Unterzeichnung eines Rahmenvertrags verpflichten sich die Vertragsparteien gegenseitig zur Einhaltung der wesentlichen Vertragsbestandteile, die im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses verbindlich und zweifelsfrei festgelegt wurden (u.a. Preise, Vertragsgegenstand, Rahmenbedingungen für die Ausführung, Dauer).
- 3.6 Lässt die Art der vertraglichen Leistungen keine Unterscheidung zu oder ist die Versorgungssicherheit wegen der Größe des Auftrags oder der Dringlichkeit der zu erbringenden Leistungen und der einzuhaltenden Reaktionszeit nicht gewährleistet, kann die Kommission auch sogenannte “ Ausfall-Rahmenverträge” mit mehreren Auftragnehmern abschließen. In diesem Fall erstellt die

anweisungsbefugte Dienststelle ein Verzeichnis der erfolgreichen Bieter mit abnehmender Priorität gemäß den Zuschlagskriterien der Leistungsbeschreibung. Steht der am höchsten eingeordnete Bieter nicht zur Verfügung – wobei Fälle der Nichterfüllung gemäß Artikel 13.1 ausgenommen sind – darf die Kommission bei

dem zweitplazierten Bieter usw. nachfragen. Die anweisungsbefugte Dienststelle muss zudem in der Bekanntmachung der Ausschreibung wie auch in der Leistungsbeschreibung genaue Angaben zur Höchstzahl der Bieter, an die sie Aufträge vergeben wird, sowie zu den Regeln für den Abruf der Leistungen und den sonstigen, für diesen Fall geltenden Modalitäten machen.

ARTIKEL 4 – Keine Verpflichtung zur Erteilung des Zuschlags

Die Durchführung eines Vergabeverfahrens verpflichtet die Kommission nicht zur Vergabe des Auftrags. Erstreckt sich die Ausschreibung auf mehrere Posten oder Lose, so behält die Kommission sich das Recht vor, nur einen Teil davon in Auftrag zu geben.

Nicht berücksichtigte Bieter haben gegenüber der Kommission keine Entschädigungsansprüche. Dies gilt auch dann, wenn die Kommission auf die Auftragsvergabe verzichtet.

ANHANG 4**INDIKATIVE DURCHSCHNITTSWERTE FÜR DIE BERECHNUNG DER REISEKOSTEN FÜR TREFFEN MIT DER GD EAC IN BRÜSSEL**

(in Euro)

Ausgangsort	Transportmittel	Fahrtkosten	Aufenthaltskosten
BRÜSSEL	-	-	-
ATHEN	Flugzeug*	1 114	149,63
BONN	Bahn	98	149,63
KOPENHAGEN	Flugzeug*	840	149,63
DUBLIN	Flugzeug*	650	149,63
HELSINKI	Flugzeug*	1 100	149,63
DEN HAAG	Bahn	64	149,63
LISSABON	Flugzeug*	1 112	149,63
LONDON	Flugzeug*	459	149,63
LUXEMBURG	Bahn	66	149,63
MADRID	Flugzeug*	1 122	149,63
PARIS	Bahn	103	149,63
ROM	Flugzeug*	907	149,63
STOCKHOLM	Flugzeug*	1 052	149,63
WIEN	Flugzeug*	1 060	149,63

* Tarif der Klasse unmittelbar unterhalb der ersten Klasse (Business Class)

Angaben zum Bieter

Identität des Bieters	
Unternehmensbezeichnung (vollständige rechtliche Bezeichnung):	
Kurzbezeichnung (soweit zutreffend):	Abkürzung (soweit zutreffend):
Rechtsform (Verband, kommerzielles Unternehmen, Universität usw.):	
MwSt.-Nr.:	Registrierungsnummer:
Offizielle Büroanschrift Straße:	Nr:
PLZ:	Ort: Land:
Bankangaben des Bieters	
Name der Bank/Niederlassung:	
Straße:	Nr:
PLZ:	Ort: Land:
Code der Bank/Niederlassung: Kontonummer:	
BIC-Code (SWIFT):	
Kontoberechtigter des Bieters (Nachname, Vorname):	
Titel oder Funktion innerhalb der Organisation:	
<hr/>	
Angaben zur Ausschreibung	
Ausschreibung Nr: GD EAC/08/01	
Titel:	
Los-Nr. und Bezeichnung (soweit zutreffend):	
Gesamtangebotspreis (ohne MwSt., in Euro):	
Unterschriftsberechtigte Person (gesetzlicher Vertreter)	
Name, Vorname:	Staatsangehörigkeit:
Anschrift:	
in seiner/ihrer Eigenschaft als:	Geburtsdatum und -ort:
MwSt.-Nr.:	Sozialversicherungsnummer:

Datum:

.....

Unterschrift: